



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCH-BELARUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

■ ANALYSE	
Die polnisch-belarussischen Beziehungen zwischen Dialog und Konfrontation Kamil Kłysiński, Warschau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Der polnisch-belarussische Außenhandel	8
Einstellungen von Polen und Belarussen zu anderen Nationen	10
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 7. bis zum 20. Juni 2011	11
<hr/>	
■ LESETIPP	
Belarus-Analysen	13
■ LESETIPP	
Bibliographische Dienste für Belarus	14

Die polnisch-belarussischen Beziehungen zwischen Dialog und Konfrontation

Kamil Kłysiński, Warschau

Zusammenfassung

Die polnisch-belarussischen Beziehungen gehören immer noch nicht zu den unkomplizierten Nachbarschaftsverhältnissen. Infolge schwieriger historischer Erfahrungen und aktueller Bedingungen kam es zwischen Minsk und Warschau häufiger zu Spannungen als zum Dialog. Die Bemühungen Polens im Rahmen der EU-Politik, Belarus in zunehmend intensivere Kontakte mit der EU einzubinden, prallten auf den spezifischen Pragmatismus des belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka, der ausschließlich an Investitionen, Krediten und Technologien interessiert ist, ohne das Problem der Einhaltung der demokratischen Werte zu berühren. In einer solchen Situation war der Dialog zum Scheitern verurteilt. Dies zeigte auch das brutale Vorgehen gegen eine Demonstration der Opposition am Abend der Staatspräsidentenwahl in Minsk am 19. Dezember 2010. Darüber hinaus ist der Konflikt um die Tätigkeit des unabhängigen Bundes der Polen in Belarus immer noch nicht gelöst und schon seit langem eine Hauptursache für Spannungen im Verhältnis Minsk-Warschau. Ebenso haben die polnisch-belarussischen Beziehungen eher den Charakter eines Katalogs ungelöster Probleme und Konflikte, als dass sie ein Feld bilateraler guter Zusammenarbeit sind.

Das Syndrom der »polnischen Herren« und der »belarussischen Bauern« – wie der Pole den Belarussen sieht und umgekehrt

Wichtig für das Verständnis der gegenwärtigen polnisch-belarussischen Beziehungen ist das Wissen um die gemeinsame Geschichte, insbesondere die Erinnerung an das gemeinsame Leben von Polen und Belarussen im Rahmen der Polnisch-Litauischen Union (ab 1385), an die sich mit der Lubliner Union (1569) die »Republik beider Nationen« anschloss, sowie an das Zusammenleben Anfang des 20. Jahrhunderts in der II. Polnischen Republik (1918–1939). Beide Seiten bewerten diese Phasen gemeinsamer Geschichte unterschiedlich und machen sich auf der Grundlage ihrer Interpretationen ein Bild vom Nachbarn – auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen, politischer Äußerungen oder landläufiger Meinungen. Im Allgemeinen lassen sich folgende polnische und belarussische Stereotype erkennen:

Auf polnischer Seite wäre das Bild von der Überlegenheit gegenüber den »jüngeren Brüdern« zu nennen, dessen Konsequenz die Überzeugung der Polen ist, eine »zivilisatorische Mission« gegenüber den Belarussen erfüllen zu sollen – was sowohl positive als auch negative Wirkungen zeitigte. Die Belarussen ihrerseits trugen aus der Zeit der Polnisch-Litauischen Union ein Gefühl tiefer Demütigung und permanenten Ausgenutztwerdens davon, was später die Grundlage des Komplexes wurde, von den starken und expansiven Polen dominiert und unterdrückt zu werden.

Obwohl in der polnischen Sicht auf die Belarussen viele Vereinfachungen greifen und in die belarussische Wahrnehmung der Polen eine unangemessene »Bedrohung« durch das Polentum einfließt, liegt doch eine

gewisse historische Berechtigung dafür vor. Die Polen, die über ein größeres politisches, kulturelles und militärisches Potential verfügten, dominierten noch im 16. Jahrhundert den belarussischen Adel, der mehrheitlich der Polonisierung unterlag. So bildete sich für Jahrhunderte auf dem Gebiet des heutigen Belarus' eine bestimmte gesellschaftliche Einteilung heraus, die mit der nationalen Einteilung einherging: der Pole als Adliger oder als Gutsherr (bzw. der polonisierte Adlige des Großfürstentums Litauen) gegenüber dem belarussischen Bauern. Bis heute hat die Mehrheit der Belarussen dörfliche Wurzeln und wird der Pole als stolzer »Herr« (Pan) wahrgenommen, dem gegenüber man große Vorsicht walten lassen muss. Diese allgemeinen Stereotype hindern natürlich nicht daran, sich mit konkreten Personen zu befreunden, eine Familie zu gründen, Jugendaustausch durchzuführen, gemeinsam Firmen zu leiten oder geschäftliche Verträge abzuschließen. Dennoch lässt sich sowohl in den zwischenmenschlichen Kontakten als auch in wesentlich größerem Maß in den politischen Kontakten immer noch der Stempel der schwierigen gemeinsamen Geschichte spüren.

Vom Willen zum Dialog zu Konfrontation und Missverständnis: 1991–2011

Die Aufnahme polnisch-belarussischer Beziehungen wurden mit dem Zusammenbruch der sogenannten Volksdemokratien und der Sowjetunion Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre möglich. Damals transformierten sich die Volksrepublik Polen und die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik in souveräne Staaten, die ihre eigene Außenpolitik entwickelten. Aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft und der sich daraus

ergebenden gemeinsamen Interessen begannen beide Seiten gutnachbarliche und möglichst weitgehende zwischenstaatliche Beziehungen zu knüpfen. Nach einigen missglückten Versuchen wurden am 23. Juni 1992 der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet sowie eine Reihe gesonderter Vereinbarungen, darunter die Vereinbarung über grenznahe Zusammenarbeit und militärische Zusammenarbeit. Diese Dokumente sind bis heute die formale Grundlage für die polnisch-belarussischen Kontakte. Die Praxis zeigte schnell, dass die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen trotz guten Willens und Interesses an bilateraler Zusammenarbeit auf ernsthafte Hindernisse stieß, die vor allem von den Belastungen durch die schwierige polnisch-belarussische Vergangenheit hervorgerufen wurden sowie den Bedingungen in der nicht weniger komplexen Gegenwart. Im Ergebnis tauchten in den Beziehungen zwischen beiden Staaten immer häufiger Divergenzen auf, wobei die größte Bedeutung die extrem unterschiedlichen Prioritäten in der Außenpolitik hatten: Belarus driftete deutlich in Richtung strategische Partnerschaft mit der Russischen Föderation ab, während sich Polen offen um die Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union bemühte. Gerade diese passive Unterordnung unter den russischen Einfluss war die Hauptursache für die Beunruhigung der westlichen Partner von Belarus, darunter Polen.

Für die belarussische Seite hingegen waren die schon Anfang der 1990er Jahre deklarierten Bemühungen Polens um eine Mitgliedschaft in der NATO das größte Problem. Komplikationen traten 1993 auf, als Polen sich offiziell in Richtung Beitritt bewegte. Nicht weniger kontrovers, zuweilen sogar konfliktträchtig, war auch das Problem der nationalen Minderheiten. Die polnischen Aktivisten der Minderheit beklagten sich über die Diskriminierung des polnischen Schulwesens (da das Missverhältnis zwischen der Anzahl der Schulen im Verhältnis zum Anteil der polnischen Bevölkerung auf belarussischem Gebiet aufrechterhalten wurde), über die Kürzung der Gesamtanzahl der in Belarus lebenden Polen in offiziellen Statistiken und über die Belarussifizierung der katholischen Kirche. Man muss allerdings unterstreichen, dass die Situation trotz dieser Spannungen weit entfernt von der konfrontativen Atmosphäre im Verhältnis zum benachbarten Litauen oder der Ukraine

war, vielleicht wegen der gewachsenen zwischenmenschlichen Kontakte.

Eine weitere Etappe in den zwischenstaatlichen Beziehungen eröffnete 1994 die Wahl Aljaksandr Lukaschenkas zum Staatspräsidenten der Belarussischen Republik. Seine Persönlichkeit und vor allem die von ihm vertretenen Werte fügten den zwei schon genannten Problemen ein neues hinzu, nämlich die extrem unterschiedlichen Auffassungen über den Staat, das System, die Wirtschaft und die sozialen Beziehungen, die in den beiden Ländern herrschen. Das wichtigste Element, das Lukaschenka in die Außenpolitik Belarus' einführte, war ihre starke Ideologisierung. Mit ihr wurden der Marktsozialismus, die Einheit der Slawen, die Integration mit Russland und der Kampf gegen die Einflüsse aus

dem ideologisch fremden Westen neuer Inhalt der belarussischen Politik. In diesem Zusammenhang wurde auch die NATO zum Hauptfeind erklärt und infolge dessen Polen, das sich offen um Aufnahme in die Strukturen bemühte. Die belarussischen staatlichen Medien attackierten Polen immer häufiger; Polen wurde vorgeworfen, den verräterischen Westen gegen Belarus aufzustacheln und dessen wirtschaftliche und politische Probleme auszunutzen. Auf der anderen Seite verurteilten die polnische Führung und die Medien immer öfter den autoritären Stil Lukaschenkas, der Belarus immer stärker von den demokratischen europäischen Staaten isolierte. Infolge dessen – so ein Kommentator – »hörten beide Seiten voneinander, aber hörten einander nicht zu und hörte die polnisch-belarussische Grenze auf, eine Grenze in guter Nachbarschaft und Vertrauen zu sein. Am Bug wurde ein Schatten des Eisernen Vorhangs sichtbar.« Bei so großen politischen und ideologischen Divergenzen waren Konflikte unvermeidlich, so dass es in den folgenden Jahren zu vielen mehr oder weniger lebhaften Unstimmigkeiten kam. Die polnisch-belarussischen Beziehungen befanden sich in einer solchen Krise, dass sogar die Entsendung eines neuen polnischen Botschafters nach Minsk im Jahr 2007 als Erfolg gewertet wurde.

Gleichzeitig trat Ende 2006 eine Situation ein, die den polnisch-belarussischen Beziehungen einen neuen Impuls gab. Der damals wachsende Druck seitens der russischen Staatsführung und der mit ihr verbundenen

Die polnische Minderheit in Belarus (2009)

- Anzahl der Angehörigen der polnischen Minderheit: **294.000**
- Anteil an der belarussischen Bevölkerung: **3,1 %**
- Region: über **80 %** der polnischen Minderheit in Belarus leben in den Gebieten um **Grodno** und **Brest/Westbelarus**

Die belarussische Minderheit in Polen (2002)

- Anzahl der Angehörigen der belarussischen Minderheit: **47.000**
- Region: die Mehrheit der belarussischen Minderheit lebt in der Woiwodschaft **Podlachien (Województwo Podlaskie)/Ostpolen**

Quelle: Zusammenstellung von Kamil Kłysiński nach den Daten der Volkszählungen in Belarus und in Polen.

Konzerne (die daran interessiert waren, die belarussischen strategisch wichtigen Industriebetriebe zu übernehmen) verursachte, dass zum ersten Mal seit vielen Jahren die Souveränität der Republik Belarus ernsthaft bedroht war. Dies rief ein ziemliches Interesse in Polen hervor. Sowohl in Diskussionen mancher Publizisten als auch Politiker tauchte die Einstellung auf, dass es notwendig sei, die bisherige Haltung gegenüber Minsk zu korrigieren. Es wurde dahingehend argumentiert, dass Lukaschenka ein erfolgreicher Befürworter und Verteidiger der belarussischen Souveränität sei, der trotz der »strategischen Partnerschaft« mit Russland konsequent die Entstehung einer staatlichen Verbindung mit Russland torpediert und fast vollständig die belarussische Unabhängigkeit bewahrt habe. Daraus ergab sich der für viele paradoxe Schluss, dass eines der fundamentalen Paradigmen der polnischen Ostpolitik, nämlich die Souveränität der benachbarten postsowjetischen Republiken als eine der Garantien der polnischen Unabhängigkeit, dank des »letzten Diktators Europas« gewährleistet blieb. In diesem Zusammenhang trat in der öffentlichen Diskussion immer häufiger die Frage auf, ob angesichts des wachsenden Drucks von russischer Seite die bedrohte Souveränität Belarus' in Sachen Energie und Wirtschaft unterstützt werden sollte, indem die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen befördert werden, obgleich keine Anzeichen einer Demokratisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens in Belarus sichtbar sind.

Dies rief viele Kontroversen hervor. Gegner betonten, dass »ein polnisch-belarussisches antirussisches Bündnis« nicht möglich sei, solange die Gesellschaft unter Repressionen leiden muss, die grundlegenden Menschenrechte verletzt und die Regeln eines demokratischen Systems nicht eingehalten werden. Trotz der wachsenden Ängste um die Unabhängigkeit Belarus' fehlte Warschau immer noch der entscheidende Impuls, die Kontakte mit Belarus zu vertiefen. Erst die Freilassung aller der Inhaftierten, die von der internationalen Gemeinschaft als politische Gefangene bezeichnet wurden, im August 2008, darunter auch des ehemaligen Kandidaten für das Staatspräsidentenamt Aljaksandr Kazulin, ermöglichte den Beginn des Dialogs mit der EU. Die polnische Diplomatie ging sehr aktiv auf die von Minsk signalisierte Bereitschaft zur Zusammenarbeit ein. Warschau schaltete sich in den im Herbst 2008 aufgenommenen Dialog zwischen Minsk und Brüssel ein, was das Klima der polnisch-belarussischen Beziehungen deutlich verbesserte und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnete. Allerdings zwangen die unerwartete, brutale Niederschlagung der von der Opposition veranstalteten Demonstration im Zentrum von Minsk am 19. Dezember 2010, dem Abend der Präsi-

denchaftswahlen, und eine Welle von Repressionen die polnische Politik zu scharfer Kritik am belarussischen Regime und zu entschiedenen Sanktionen. Als Antwort beschuldigten die belarussischen Machthaber Polen und Deutschland (die Länder, die die Repressionen gegenüber der Opposition am stärksten verurteilt haben), die Revolution inspiriert und finanziert zu haben, mit dem Ziel, das aktuelle System zu stürzen. Damit befanden sich die polnisch-belarussischen Beziehungen erneut in einer großen Krise.

Das polnische Engagement für Zusammenarbeit und Demokratisierung

Ein besonders wichtiger und sichtbarer Akzent in der polnischen Belarus-Politik war und ist das schrittweise Einbeziehen Minsk in eine zunehmende bilaterale Zusammenarbeit sowie das polnische Engagement für engere Beziehungen zwischen Belarus und der EU. Die polnische Politik äußerte schon Mitte der 1990er Jahre, also seit Beginn der Bemühungen von Aljaksandr Lukaschenka, ein autoritäres System aufzubauen, offene Kritik an der Verletzung der Regeln der Demokratie. Gleichzeitig entschied sich Polen in Anbetracht der unmittelbaren Nachbarschaft und der polnischen Minderheit in Belarus, Belarus nicht total zu isolieren, da es ein Fehler wäre, wenn die westlichen Staaten aufhören würden, sich mit diesem Land zu befassen. Die polnische Diplomatie ging davon aus, dass zwar das belarussische Regime kritisiert und aufgerufen werden muss, die demokratischen Standards einzuhalten, aber gleichzeitig die Zusammenarbeit wo eben möglich entwickelt und Belarus an den Westen angebunden werden muss. Einer der Faktoren, die diese Vorgehensweise motivierten, war die in hohem Maße begründete Sorge, dass eine fehlende aktive Politik gegenüber Belarus die Position Moskaus noch mehr stärken und dazu führen würde, dass Russland seinen Einfluss auf dem postsowjetischem Gebiet wiedergewinnen können.

Eine besondere Aktivität gegenüber dem postsowjetischen Gebiet entfaltete die polnische Politik nach dem EU-Beitritt: In den ersten Jahren der EU-Mitgliedschaft zeigten die polnischen EU-Abgeordneten größtes Engagement und monopolisierten nahezu die »belarussische Frage« im Europäischen Parlament (EP). Mit der Zeit bildete sich eine Art belarussische Interessengruppe, sogenannte Botschafter des Ostens, zu der Politiker wie Bogdan Klich, Jacek Protasiewicz, Janusz Onyszkiewicz, Jacek Saryusz-Wolski und Barbara Kudrycka gehörten. Zum Teil gehörten sie auch der Ständigen EP-Delegation für die Beziehungen zu Belarus an, deren Vorsitzender zurzeit Jacek Protasiewicz ist. Diese Politiker forderten, dass man eine elastische Strategie gegenüber Belarus vertreten müsse, nach dem Motto »das Regime isolieren,

aber nicht die Bevölkerung«, was eine größere Flexibilität der europäischen Ostpolitik bedeutet.

Darüber hinaus zog die polnische Kritik am belarussischen Regime die Verstärkung der polnischen Hilfe für die belarussische Opposition nach sich. Sie erhielt insbesondere durch polnische Nichtregierungsorganisationen (NGO) eine gewichtige Unterstützung, was eine Art zweiter Außenpolitik war. Hier ging es vor allem um Schulungen und Seminare, die von polnischen NGOs für belarussische Aktivisten des dritten Sektors und der Oppositionsparteien organisiert wurden. Außerdem wurde begonnen, verschiedene Hilfsprojekte in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt, Entwicklung der unabhängigen Medien und Zugang zu alternativen Informationen in Belarus umzusetzen. Im Laufe der Zeit wurde diese Hilfe als langfristiges Entwicklungshilfeprogramm im Rahmen des Außenministeriums institutionalisiert. Das zurzeit größte Informationsprojekt, das in Polen mit einer Teilfinanzierung aus dem polnischen Budget realisiert wird, ist der Fernsehsender »Bielsat«, dessen Aufgabe es ist, den Belarusen alternative Informationen zugänglich zu machen.

Die wichtigste und ambitionierteste Initiative Warschaus in Richtung Osten, d. h. auch in Richtung Belarus, ist aber das im Jahr 2008 zusammen mit Schweden vorgestellte Programm der Östlichen Partnerschaft. Vom Grundgedanken ist dies ein neuer Vorschlag der EU-Politik für die postsowjetischen Republiken. Für Belarus ergab sich dadurch die Chance für eine Wende in den recht beschränkten Beziehungen zur EU. Verständlicherweise engagierte sich die polnische Diplomatie sehr aktiv für den Dialog der EU mit der belarussischen Führung und machte dies zu einer ihrer Prioritäten. Die Überzeugung der polnischen Politik, dass es notwendig sei, Belarus für die Zusammenarbeit mit der EU zu engagieren, nahm trotz der immer noch fehlenden politischen Liberalisierung in Belarus nicht ab. Jede Geste von Belarus wurde als Chance interpretiert, den prowestlichen Sektor in der belarussischen Außenpolitik zu stärken. Erst die eindeutige und radikale Rückkehr Aljaksandr Lukaschenkas zur repressiven Politik im Dezember 2010 beendete – vorerst – die polnischen Bemühungen, Belarus in eine umfassendere Zusammenarbeit mit der EU einzubinden.

Der spezifische Pragmatismus von Aljaksandr Lukaschenka

Die belarussische Politik gegenüber Polen lässt sich als auf ihre Art konsequent bezeichnen. Aljaksandr Lukaschenka und seine Untergebenen unterstreichen bei jeder Gelegenheit, dass sie an einer Entwicklung der Beziehungen zu Polen als einem der direkten Nachbarn interessiert seien und daher von Warschau Pragmatismus

und eine konstruktive Einstellung erwarten würden. In der spezifischen Sprache der belarussischen Diplomatie bedeutet das, die für Minsk unbequemen Fragen nach Demokratisierung und Menschenrechten zu umgehen und die belarussische Opposition nicht mehr zu unterstützen. Außerdem ist die belarussische Regierung auch gegen eine Unterstützung der Organisationen der polnischen Minderheit, die sie unter der vollständigen Kontrolle der Regierung wissen möchte. Diese »Verhaltensregeln« beziehen sich auch auf andere EU-Staaten sowie auf die EU insgesamt. Ein gutes Beispiel für den belarussischen »Pragmatismus« gegenüber Vorschlägen der EU ist die Einstellung zum Programm der Östlichen Partnerschaft. Die belarussische Führung begegnete diesem Konzept fast von Anfang an sehr positiv, denn es war nach Jahren der Isolation die erste Chance, an einem EU-Programm teilzunehmen. Daher stellte Belarus auch als erstes Land von den sechs zum Programm gehörenden Staaten seine Erwartungen vor. Unter den vorgeschlagenen Projekten befanden sich zwei, die mit Polen zu tun hatten. Dies waren das Bauvorhaben für einen grenzüberschreitenden Energietransfer auf dem Abschnitt Roś-Narew (dies würde den Energieexport aus dem geplanten neuen Atomkraftwerk bei Grodno ermöglichen) und der Bau der Gaspipeline Jamal 2, der von Anfang an als unrealistisch und nicht zielführend eingeschätzt wurde. Gleichzeitig vermied die belarussische Seite konsequent, die Menschenrechtsproblematik und Fragen der Demokratisierung anzusprechen, und lenkte ihre Beteiligung an der Östlichen Partnerschaft auf für sie angenehmere Fragen wie Energie, Transport, Infrastruktur usw. In diesen Zusammenhang gehört auch das Fiasko, das die polnische Initiative erlitt, Belarus in ein Programm einzubeziehen, das die Zusammenarbeit zwischen den Bürgerrechtsbeauftragten zum Ziel hatte. Die belarussische Seite war nicht einmal bereit, die grundlegende Bedingung zu erfüllen, ein solches Amt überhaupt einzurichten.

Trotz allem: Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Angesichts dieser wesentlichen politischen Unterschiede zwischen beiden Ländern war die Wirtschaft (abgesehen vom Bereich des Kulturaustauschs) der einzige Bereich, in dem sich die Beziehungen relativ normal entwickeln konnten. Belarus als Land, das keinen Zugang zum Meer und keine Seehäfen hat, musste ganz einfach mit mindestens einem der am Meer gelegenen Nachbarländer kooperieren. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurde eine Vereinbarung getroffen, die die Nutzung polnischer Häfen (u. a. Danzig) für den Export belarussischer Industriegüter, vor allem Öl, ermöglicht. Außerdem wurde damals die Ausführung einiger ambitionierter Investitionen im Bereich Transport geplant, zum Beispiel der Bau der Auto-

bahn Minsk–Warschau–Berlin. Im Laufe der Zeit übernahm allerdings Litauen die Rolle des größten Partners für Transport und Logistik und in etwas geringerem Maß Lettland. Nichtsdestotrotz beförderte die gemeinsame Nachbarschaft die Handelsbeziehungen. Nach Angaben aus dem Jahr 2010 betrug der Handelsumsatz 1,9 Mrd. US-Dollar und der Saldo für Polen zirka 190 Mio. US-Dollar. Polen ist seit Jahren einer der führenden Handelspartner von Belarus – im Jahr 2010 lag Polen auf Platz 6, während sich Belarus unter den ersten 30 Handelspartnern Polens befindet. Schlechter stellt sich die Situation im Bereich der Investitionen dar. Die polnischen Investoren treffen trotz zahlreicher Erklärungen, dass Belarus offen für ausländisches Kapital sei, auf eine Reihe von Schwierigkeiten und in vielen Fällen kommt es nicht zum Vertragsabschluss. Das vielsagendste Beispiel der letzten Monate war, dass Jan Kulczyk, einer der reichsten polnischen Geschäftsmänner, Abstand von der Idee nahm, ein Kohlekraftwerk im Gebiet Grodno zu bauen. Dies ist die Folge der belarussischen Investitionspolitik, die eine Reihe übersteigter finanzieller Forderungen stellt und willkürliche und intransparente Entscheidungen trifft. Diese Vorgehensweise findet auf die deutliche Mehrheit der Investoren Anwendung, unabhängig vom Herkunftsland.

Ein wichtiger Aspekt für die Beziehungen sind Visa. Aufgrund der politischen Lage in Belarus hat sich die EU bisher nicht dafür entschieden, eine Liberalisierung der Visumpflicht im Schengenraum einzuführen. Daher ist Belarus das einzige postsowjetische Land, das an die EU angrenzt und dessen Bürger bis zu 60 Euro für ein einmaliges Kurzvisum bezahlen müssen. Dies begrenzt ein relativ großes Potential an Kontakten zwischen beiden Nationen. Polen bemüht sich seit Jahren aktiv darum, dass wenigstens die Visumskosten für belarussische Bürger gesenkt werden, um die Isolation der belarussischen Bevölkerung von der EU zu verringern (siehe Polen-Analysen Nr. 83). Ein wichtiger Schritt nach vorn war die Unterzeichnung des polnisch-belarussischen Vertrags über den Kleinen Grenzverkehr im Februar 2010. Für die Bewohner der grenznahen Gebiete (30 Kilometer ins Landesinnere auf beiden Seiten der Grenze) würde dies enorme Erleichterungen mit sich bringen. Wegen des gegenwärtig schlechten politischen Klimas in den Beziehungen hat jedoch die belarussische Seite Polen noch nicht die Ratifizierungsnote übergeben, was das Inkrafttreten des Vertrags verzögert.

Kontroversen um die nationalen Minderheiten

Der Hauptbrennpunkt in den polnisch-belarussischen Beziehungen ist seit Jahren das Problem der nationalen Minderheiten, insbesondere die Aktivitäten der polnischen

Organisationen der Minderheit, die außerhalb der vollständigen Kontrolle durch den belarussischen Staat stehen.

Im Jahr 2005 bewertete die belarussische Staatsmacht die Wahlen des Vorsitzenden des Bundes der Polen in Belarus (Związek Polaków na Białorusi – ZPB) als nicht rechtsgültig und forderte eine erneute Durchführung. Dies war die Reaktion auf den Wahlsieg der Minderheitsvertreterin Andželika Borys, die nicht vom Regime kontrolliert wird. Im Ergebnis wurde noch im selben Jahr, bereits unter staatlicher Kontrolle, ein neuer Vorstand benannt. Dies führte zu einem Auseinanderbrechen der *community* und nun gibt es seit einigen Jahren zwei Gesellschaften, die sich Bund der Polen in Belarus nennen. Die erste ist die von Polen unterstützte und nach belarussischem Recht illegale ZPB von Andželika Borys (nach ihrem Verzicht im Juni 2010 nun unter dem Vorsitz von Andželika Orechwo). Die zweite ist die offiziell vom belarussischen Staat anerkannte ZPB. Seit einigen Jahren übt das Regime von Aljaksandr Lukaschenka Repressionen gegenüber Angehörigen der unabhängigen ZPB aus, beispielsweise in Form von Geldstrafen, Inhaftierungen und Erschwerung der laufenden Verbandstätigkeiten. Häufig finden auch Provokationen, Akte von Vandalismus oder aggressive Attacken in den Pro-Regierungs-Medien statt. Mit den Repressionen wollen die Verantwortlichen in Minsk die Leitung des Verbands dazu bringen, auf die Unabhängigkeit zu verzichten und sich der Führung der offiziell anerkannten ZPB unterzuordnen. Alle Mitglieder der unabhängigen ZPB sollen in die regierungsfreundliche Organisation eintreten. Anfang 2010 kam es zu einer gewaltsamen Eskalation des Konflikts. Am 21. Januar inhaftierte die belarussische Miliz mehrere Dutzend Angehörige der ZPB von Andželika Borys, die aus Grodno nach Iwienc fuhren, mit dem Ziel, den Versuch der offiziell anerkannten ZPB zu vereiteln, das »Polnische Haus« in Iwienc (Bezirk Minsk) zu übernehmen. Und obwohl alle Inhaftierten schnell wieder freigelassen wurden und der Staat in Iwienc nicht eingriff, war der Frieden nur oberflächlich. Schon Anfang Februar wurde die Firma Polonika, die Andželika Borys gehört und in deren Rahmen die Kultur- und Bildungsarbeit der unabhängigen ZPB durchgeführt wurde, mit zwei Geldstrafen von zirka 40.000 US-Dollar belegt. De facto bedrohte das die weitere Funktionieren der Firma. Am 8. Februar hat die Miliz die im »Polnischen Haus« in Iwienc anwesenden Angehörigen der ZPB von Andželika Borys brutal abgeführt. Gleichzeitig hat der Staatsapparat eines der drei Häuser, die noch nicht unter der Kontrolle der regierungsfreundlichen ZPB standen, konfisziert. Bisher ist es nicht gelungen, einen Kompromiss in dieser Sache zu schließen, noch nicht einmal einen vorläufigen. Sowohl Warschau als auch Minsk wollen vermeiden, dass ein

eventuelles Entgegenkommen als Schwäche oder gar Kapitulation verstanden werden kann. Außerdem spielen hier auch die Stereotype und Vorurteile eine Rolle. Denn auch wenn es in Belarus de facto nicht zur Diskriminierung aufgrund nationaler Zugehörigkeit kommt, so ist doch das Misstrauen gegenüber den Aktivitäten polnischer Organisationen immer spürbar – insbesondere wenn sie von Warschau finanziert werden, wie im Fall der ZPB von Anđzelika Borys. In dieser Situation ist eine schnelle Lösung nicht zu erwarten; vielmehr wird der Vorfall weiterhin die polnisch-belarussischen Beziehungen belasten.

Für weitere Spannungen im bilateralen Verhältnis sorgt die Frage des sogenannten Polenausweises (Karta Polaka). Im September 2007 hat der Sejm der Republik Polen das Gesetz über die »Karta Polaka« verabschiedet. Die »Karta Polaka« ist ein Rechtsdokument, das von den Konsulaten der Republik Polen ausgestellt wird und für Bürger polnischer Herkunft aus der ehemaligen UdSSR bestimmt ist. Es soll eine Art Ausgleich dafür sein, dass diese Bürger nicht die Möglichkeit haben, die doppelte Staatsbürgerschaft zu besitzen. Auch wenn die »Karta Polaka« nicht gleichbedeutend mit der polnischen Staatsbürgerschaft ist, umfasst sie doch eine Reihe von Privilegien in Polen, u. a. das Recht, an polnischen Hochschulen zu studieren, Leistungen des Gesundheitswesens im akuten Krankheitsfall zu nutzen, von den Gebühren für ein Visum zur mehrmaligen Einreise befreit zu werden (das zu einem langfristigen Visum berechtigt), außerdem das Recht auf Ermäßigung von Zugfahrkarten sowie das Recht, eine Arbeit auszuüben und ein wirtschaftliches Unternehmen zu führen. Aus Sicht der polnischen Regierung ist die Einführung einer solchen Lösung ausschließlich eine Form von Hilfe für die Polen im Osten, darunter auch die zahlenstarke Polonia in Belarus. Nach der offiziellen belarussischen Interpretation hingegen handelt es sich um eine gegen den belarussischen Staat gerichtete feindliche Handlung, die dem internationalen Recht widerspricht und die sozialen und nationalen Beziehungen in Belarus bedroht. In den offiziellen Medien wurden Anschuldigungen laut, dass mit der massenhaften Einführung der »Karta Polaka« die Absicht verfolgt werde, das Gebiet um Grodno, in dem die polnische Minderheit wohnt, an Polen anzuschließen. Am weitesten ging jedoch der damalige Vorsitzende des staatlichen Fernsehens, der in einem Artikel auf einem Internetportal das Dokument mit der deutschen Volksliste während des Zweiten Weltkriegs verglich.

Über den Autor

Kamil Kłysiński, Absolvent der Fächer Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Poznań), arbeitet seit 2007 als Experte für Belarus am Zentrum für Oststudien in Warschau (Ośrodek Studiów Wschodnich, Warszawa). Der Schwerpunkt seiner Analysen ist die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Belarus.

Als im März begonnen wurde, die »Karta Polaka« in den polnischen Konsulaten auszustellen, gab das belarussische Außenministerium in einer offiziellen Stellungnahme seiner Sorge darüber Ausdruck und behielt sich eine entsprechende Reaktion vor. Wie sich in den Folgemonaten herausstellte, haben die belarussischen Behörden eine Reihe von Schritten unternommen, die den Erhalt der »Karta« erschweren sollen. Beispielsweise begannen die staatlichen Archive es abzulehnen, Bestätigungen über die polnische Herkunft auszustellen, es gab auch Fälle, in denen Druck auf die Personen ausgeübt wurde, die sich um eine »Karta Polaka« bemühten. Nach einer Zeit relativer Ruhe kam die belarussische Regierung auf diese Angelegenheit zurück. Am 7. April verkündete das belarussische Verfassungsgericht das Urteil, dass das polnische Gesetz über die »Karta Polaka« nicht mit dem belarussischen Recht, den bilateralen Abkommen und den Grundsätzen des internationalen Rechts vereinbar sei. In dieser Angelegenheit kündigt sich sicherlich eine weitere Eskalation an.

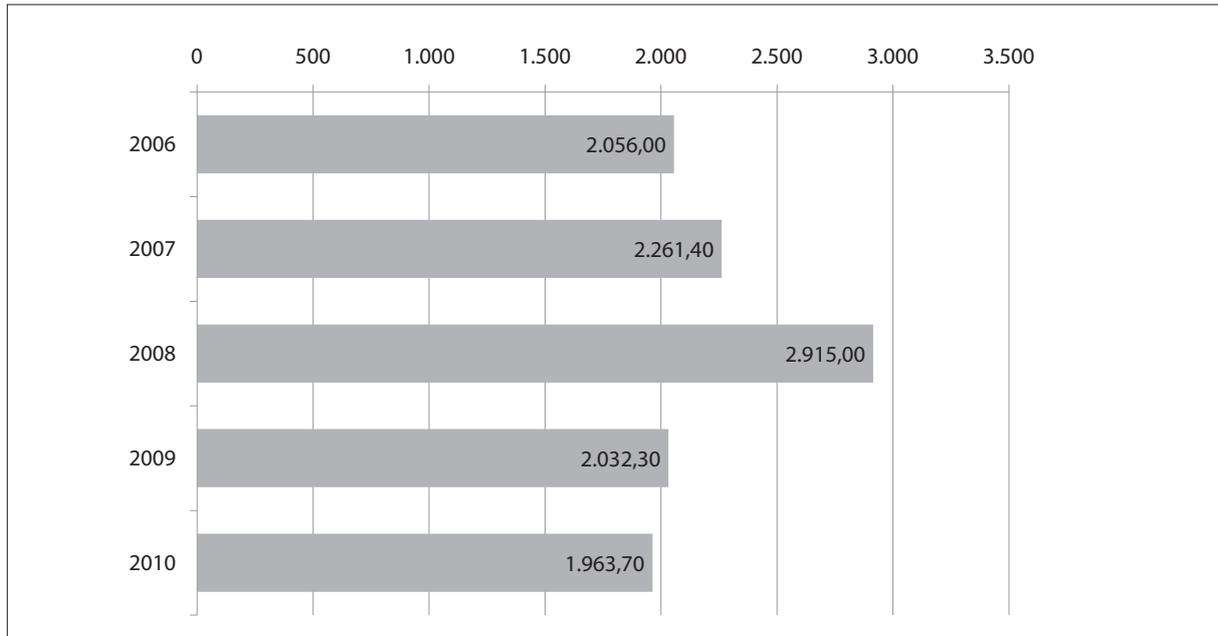
Zusammenfassung

Die polnisch-belarussischen Beziehungen bergen ein sehr großes Potential sowohl im wirtschaftlichen und politischen als auch im sozialen und kulturellen Bereich. Bisher wurde dies allerdings nicht besonders genutzt. Die politischen und ideologischen Gegensätze zwischen beiden Ländern und der für beide Seiten prestigeträchtige Konflikt über die polnische Minderheit blockieren nicht nur nachdrücklich die Entwicklung der Beziehungen zwischen Minsk und Warschau, sondern auch ihre Normalisierung. Daher sind die Haupttriebkraft die zwischenmenschlichen Kontakte, die sich aus den Handels- und Investitionsbeziehungen ergeben, aber auch aus Freundschaften oder dem schlichten Wunsch, einander kennenzulernen. Auf diese Weise werden die historisch bedingten Stereotype durchbrochen. In dem Moment also, wenn die Diplomatie auf Staatsebene in Scherben liegt, bleibt der einzig effektive Kommunikationskanal die gesellschaftliche Diplomatie – die aber aufgrund der Schwierigkeiten bei der Visumsvergabe beschränkt bleibt. Die einzig realistische Möglichkeit, die polnisch-belarussischen Beziehungen zu ordnen, scheint daher der Beginn der Demokratisierung in Belarus zu sein.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

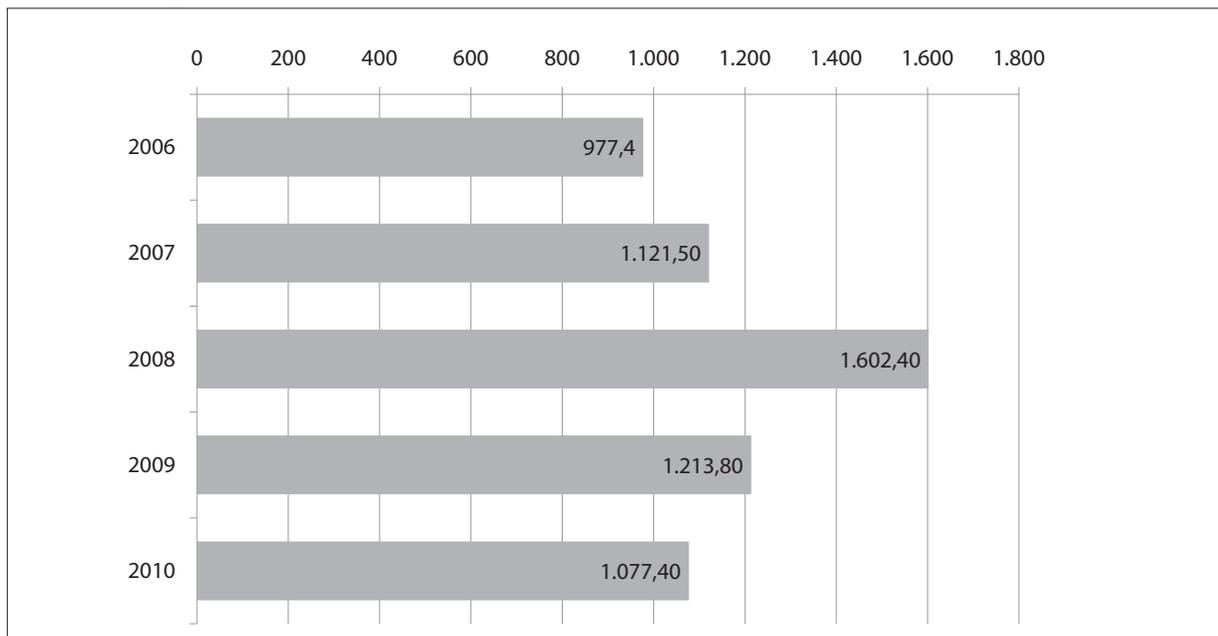
Der polnisch-belarussische Außenhandel

Grafik 1: Gesamtvolumen (Mio. US-Dollar)

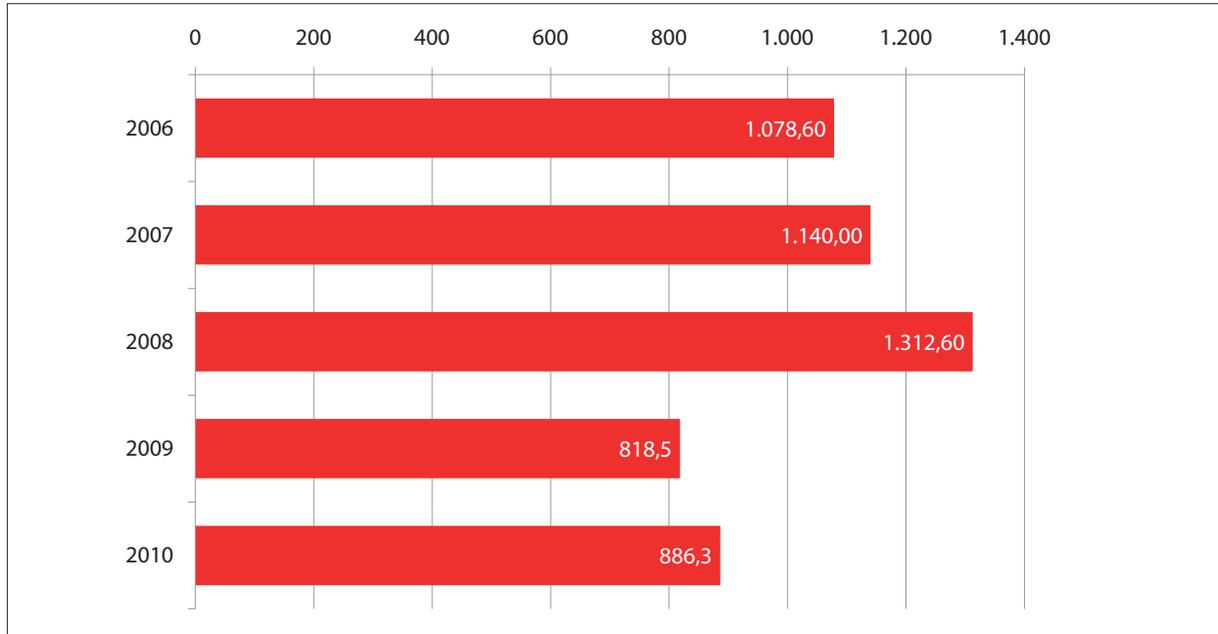


Quelle: Ministerstwo Gospodarki RP [Ministerium für Wirtschaft der Republik Polen], www.mg.gov.pl und Wydział Handlu i Promocji Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej w Mińsku [Abteilung für Handel und Vermarktung der Botschaft der Republik Polen in Minsk], minsk.trade.gov.pl.

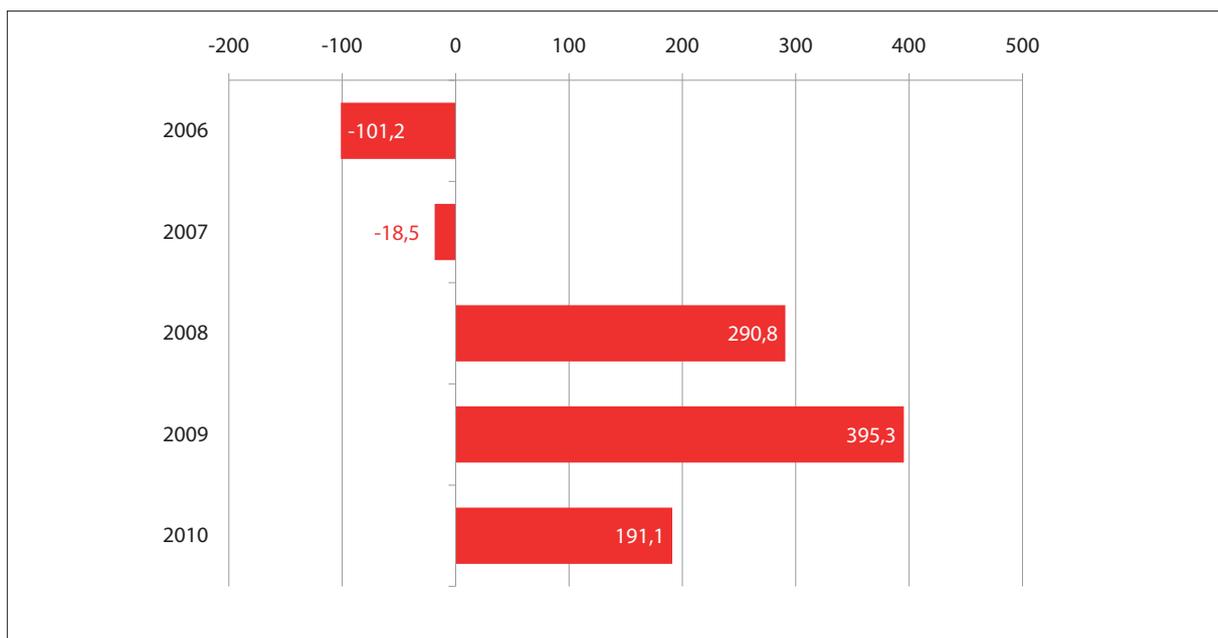
Grafik 2: Export (Mio. US-Dollar)



Quelle: Ministerstwo Gospodarki RP [Ministerium für Wirtschaft der Republik Polen], www.mg.gov.pl und Wydział Handlu i Promocji Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej w Mińsku [Abteilung für Handel und Vermarktung der Botschaft der Republik Polen in Minsk], minsk.trade.gov.pl.

Grafik 3: Import (Mio. US-Dollar)

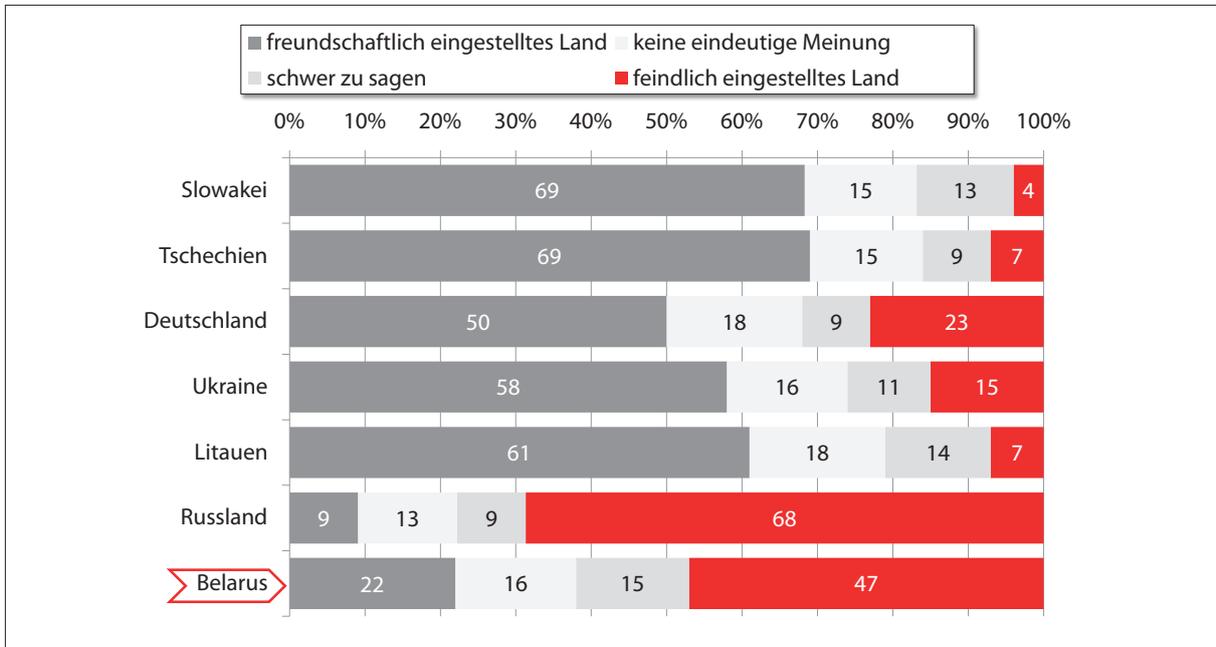
Quelle: Ministerstwo Gospodarki RP [Ministerium für Wirtschaft der Republik Polen], www.mg.gov.pl und Wydział Handlu i Promocji Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej w Mińsku [Abteilung für Handel und Vermarktung der Botschaft der Republik Polen in Minsk], minsk.trade.gov.pl.

Grafik 4: Saldo (Mio. US-Dollar)

Quelle: Ministerstwo Gospodarki RP [Ministerium für Wirtschaft der Republik Polen], www.mg.gov.pl und Wydział Handlu i Promocji Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej w Mińsku [Abteilung für Handel und Vermarktung der Botschaft der Republik Polen in Minsk], minsk.trade.gov.pl.

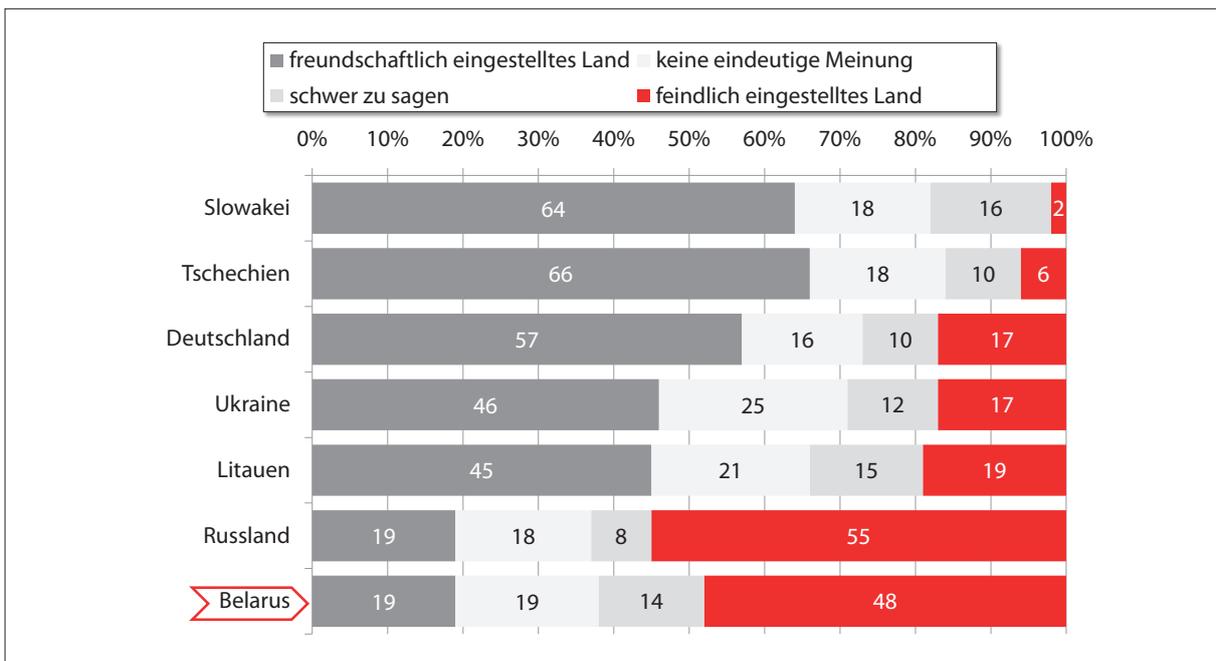
Einstellungen von Polen und Belarussen zu anderen Nationen

Grafik 5: Meinungen der Polen über die Einstellung ihrer Nachbarn zu Polen 2005



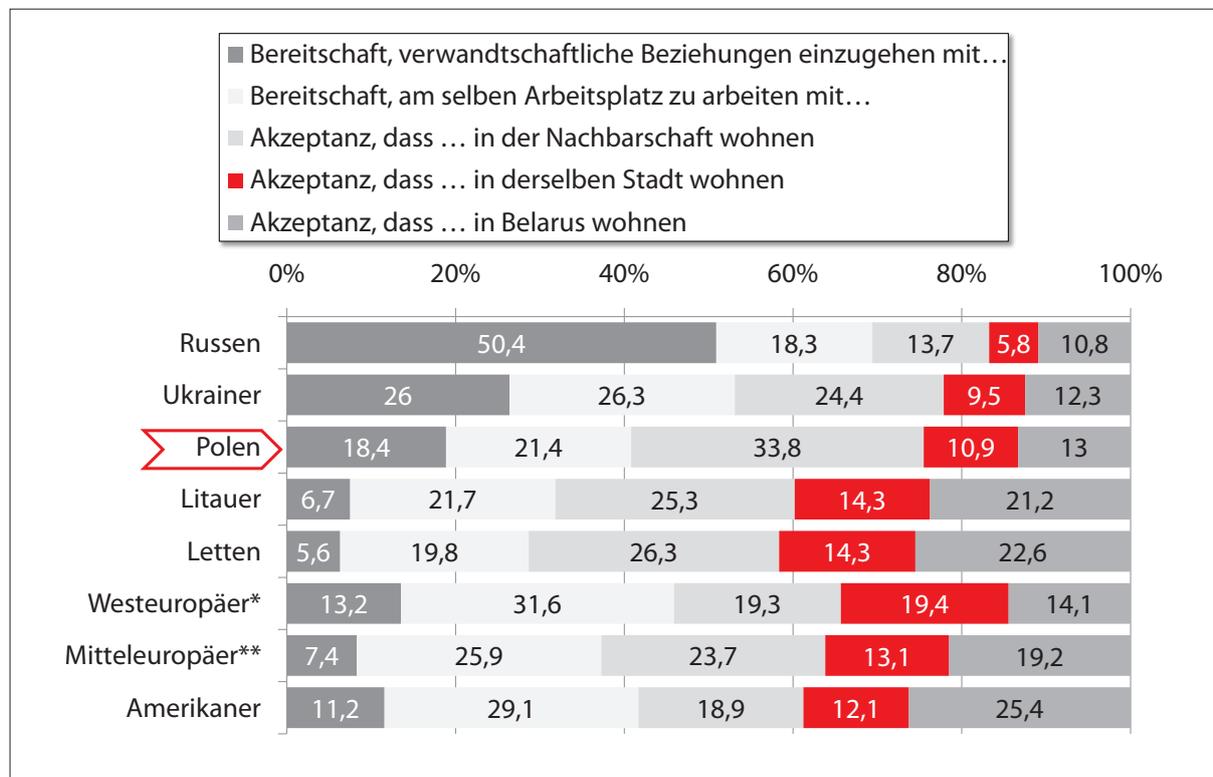
Quelle: CBOS BS/71/2011: *Opinie o nastawieniu krajów sąsiedzkich do Polski [Meinungen über die Einstellung der Nachbarländer zu Polen]*. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

Grafik 6: Meinungen der Polen über die Einstellung ihrer Nachbarn zu Polen 2011



Quelle: CBOS BS/71/2011: *Opinie o nastawieniu krajów sąsiedzkich do Polski [Meinungen über die Einstellung der Nachbarländer zu Polen]*. Warszawa 06/2011. www.cbos.pl

Grafik 7: Belarussen über ihr Verhältnis zu anderen Nationen (März 2011; Auswahl)



* In der Umfrage ergänzt durch den Zusatz »Engländer, Franzosen, Deutsche u. a.« in Klammern.

** In der Umfrage ergänzt durch den Zusatz »Tschechen, Slowaken, Ungarn, Serben u. a.« in Klammern.

Quelle: Nesawisimyj instytut sozialno-ekonomitscheskich i polititscheskich issledowanij, [Unabhängiges Institut für sozial-ökonomische und politische Forschung] NISEPI <http://www.iiseps.org/03-11-11.html> (abgerufen am 20.06.2011).

CHRONIK

Vom 7. bis zum 20. Juni 2011

07.06.2011	Nach einem Bericht der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) über den Fortschritt der Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft EURO 2012 in Polen erfüllen so viele Projekte nicht den Zeitplan oder sind schlecht ausgeführt, dass der reibungslose Ablauf der EURO 2012 gefährdet ist. Dies betrifft u. a. das Straßennetz, die Freigabe von Stadien zur Nutzung (Warschau, Danzig, Posen) und den Flughafen in Posen. Darüber hinaus sei im Haushalt 2011 nicht genügend Geld für das Sicherheitsprogramm der EURO 2012 eingeplant worden.
08.06.2011	Der Abgeordnete der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und Mitglied des Sejm-Ausschusses für Körperkultur, Sport und Tourismus, Tomasz Garbowski, fordert Ministerpräsident Donald Tusk auf, den Vorstand der Gesellschaft PL2012 wegen Inkompetenz abzuwählen. PL2012 ist mit der Koordination, Kontrolle und Aufsicht der Vorbereitung und Durchführung der Fußballweltmeisterschaft EURO 2012 beauftragt.

09.06.2011	Auf Antrag der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) stellt der Minister für Infrastruktur, Cezary Grabarczyk, im Sejm den Stand der Bauarbeiten beim Ausbau des Straßennetzes für die Fußballeuropameisterschaft EURO 2012 vor. Oppositionspolitiker kritisieren, dass Grabarczyk nur bereits bekannte Informationen wiederholt habe und die Probleme mit dem chinesischen Investor bei der Fertigstellung der A2 nicht angesprochen worden seien.
10.06.2011	Der Vorstand des Auswärtigen Sejm-Ausschusses fordert in einer Resolution die sofortige Freilassung des Journalisten Andrzej Poczobut, der seit Anfang April in Belarus inhaftiert ist. Poczobut ist Journalist der polnischen Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«.
11.06.2011	Joanna Kluzik-Rostowska, ehemalige Vorsitzende und Mitgründerin von Polen ist am Wichtigsten (Polska Jest Najważniejsza – PJN), sagt Journalisten am Rande des Parteitags der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in Danzig, dass sie die PO unterstütze, um zu verhindern, dass Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nach den Parlamentswahlen im Herbst die Regierung übernimmt. Kluzik-Rostowska hatte PJN aufgrund von Divergenzen über das Verhältnis von PJN zu PiS verlassen.
13.06.2011	Der Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, spricht sich für eine Außenpolitik Polens aus, die über die Parteigrenzen und Regierungswechsel hinweg verbindlich und langfristig angelegt sei. Bogusław Liberadzki, Europaabgeordneter der SLD, kritisiert, dass im Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft keine Initiative vorgesehen sei, die sich speziell auf die Region bezieht, und schlägt ein internationales diplomatisch-wirtschaftliches Programm für die Ostsee vor.
14.06.2011	Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zum Tod der Abgeordneten Barbara Blida (Demokratische Linksallianz/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) im Jahr 2007, Ryszard Kalisz, stellt den Abschlussbericht des Ausschusses vor und fordert, dass der damalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der damalige Justizminister Zbigniew Ziobro (PiS) vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden sollen. Bei der Festnahme im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen kam Barbara Blida ums Leben. Während zunächst von Selbstmord ausgegangen wurde, kommt der Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis, dass sich im Handgemenge mit den Sicherheitskräften der tödliche Schuss gelöst habe.
15.06.2011	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Inflation im Mai 5 %. Dies ist der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren.
16.06.2011	In einem Interview schließt der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, eine Koalition mit der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) nach den Parlamentswahlen im Herbst aus. PiS könne noch weitere vier Jahre in der Opposition unter der Regierung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) aushalten, er wisse nur nicht, ob Polen das aushalte, so Kaczyński.
17.06.2011	Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, reist mit einer Abgeordnetendelegation zu Begegnungen mit Ministerpräsident Donald Tusk, Staatspräsident Bronisław Komorowski und Sejmmarschall Grzegorz Schetyna nach Warschau. Nach Ansicht Buzeks ist es wesentlich, dass die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft (Beginn 1. Juli 2011) zur Vertiefung der Einheit in der Europäischen Union genutzt werden.
17.06.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski reist aus Anlass der Unterzeichnung des deutsch-polnischen »Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« am 17. Juni 1991 nach Berlin. In seiner »Berliner Rede« an der Humboldt-Universität zu Berlin betont Komorowski die europäische Dimension der beiderseitigen Beziehungen. Beide Länder müssen politisch und emotional in Versöhnung investieren, um die europäische Integration voranzutreiben. Dabei gelte es, die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufrechtzuerhalten. Gemeinsam mit Bundespräsident Christian Wulff nimmt Komorowski an der Feier zum 20-jährigen Bestehen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) teil.
19.06.2011	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, stellt das Wahlprogramm von PiS für die Parlamentswahlen im Herbst vor. Er unterstreicht insbesondere die Bedeutung der Souveränität Polens. Der Regierung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wirft er Klientelismus vor.
20.06.2011	Die Botschafterin der Republik Litauen, Loreta Zakarevičiene, sagt in einem Interview, sie habe den Eindruck gewonnen, dass die in Polen lebenden Litauer loyale Staatsbürger seien – im Unterschied zu den in Litauen lebenden Polen.



belarus- analysen

www.laender-analysen.de/belarus/

NEU: BELARUS-ANALYSEN

- Im **Mai 2011** ist die erste Ausgabe der **Belarus-Analysen** erschienen.
- Diese Hintergrundanalysen sollen bei der Beurteilung aktueller Ereignisse und langfristiger Entwicklungen in Belarus behilflich sein. Sie werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin, und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund, mit finanzieller Unterstützung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft herausgegeben. Ihr Anliegen ist es, das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar zu machen.
- Jede Ausgabe bietet eine kurze Analyse zu einem aktuellen Thema der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung des Landes. Ergänzt wird sie mit Tabellen und Grafiken. Zusätzlich gibt es regelmäßig Kommentare und Hintergrundinformationen zu aktuellen Ereignissen sowie eine Chronik mit den wichtigsten Geschehnissen der vergangenen zwei Monate. Die Belarus-Analysen orientieren sich damit am erfolgreichen Konzept der Länder-Analysen (www.laender-analysen.de).
- Die Belarus-Analysen erscheinen seit Mai 2011 **alle zwei Monate** und werden auf Anforderung **kostenlos** per E-Mail als pdf-Datei versandt.
- Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort »**Abo Belarus-Analysen**« in der Betreffzeile an fsopr@uni-bremen.de. Ein Archiv der kommenden Ausgaben sowie weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/belarus.



Bibliographische Dienste für Belarus

Die Bibliographischen Dienste für Belarus (Publications on Belarus) geben vierteljährlich einen Überblick über län-derbezogene aktuelle englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Publikationen zu Politik, Außenpolitik, Wirt-schaft, sozialen und ökologischen Themen.

Auch für Russland, die Ukraine, Polen, Tschechien und die Slowakei sowie für die Länder Zentralasiens und des Kaukasus können die bibliographischen Dienste abonniert werden. Sie werden von der Forschungsstelle Ost-europa Bremen und vom Koszalin Institute of Comparative European Studies (KICES) erstellt.

Für ein kostenloses Abonnement schicken Sie eine E-Mail an info@kices.org oder fsopr@uni-bremen.de mit dem Betreff: Abo Belarus.

Zur kostenlosen Recherche stehen die Bibliographien auch in einer Datenbank bereit: <http://www.refworks.com/refshare?site=037231143777600000/RWWEB107269/031111278949873000> oder <http://tinyurl.com/bibliographies-on-CEE>

Des Weiteren können Sie alle bisher erschienenen Ausgaben der Bibliographischen Dienste als PDF-Dateien von http://www.kices.org/publication_0E.php herunterladen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2011 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen